

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonntags.
Abonnementspreis: Vierteljährlich 2,70 Mark, halbjährlich 5,40 Mark, jährlich 10,80 Mark. Bei Vorzahlung 10% Rabatt.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg, Feuersbrunst, Überschwemmung, Epidemie, etc.) hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung ab auf Nachzahlung d. Abonnements.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigenpreis: Die Kleingeldpreise sind oder deren Raum wird mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 75 Pfg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingegeben.
Jeder Anspruch auf Nachzahlung, wenn der Anzeigenbetrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs geht.

Verantwortlich: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 25

Mittwoch, den 3. März 1920

19. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Kohlenbeihilfe.

Die Auszahlung der den angemeldeten Winterbemittelten bewilligten Kohlenbeihilfe erfolgt

Mittwoch, den 3. d. M.

im Gemeindeamt (Meldeamt).

Ottendorf-Moritzdorf, am 2. März 1920.

Der Gemeindevorstand.

Die Revolutionswirtschaft in Radeberg.

In einer Pressekonferenz im Ministerialgebäude stand der Verkauf des Feuerwerkslaboratoriums Radeberg im Mittelpunkt der Erörterung. Aus den Darstellungen des Reichsministers Heide ging hervor, daß der Verkauf der Radeberger Werksstätten von durchaus gesunden Gesichtspunkten aus durchgeführt worden ist. Ein Bild jedoch trat zutage, das die jämmerliche Revolutionswirtschaft in ihrem innersten Kern kennzeichnet. Die jammervolle Schandwirtschaft von Spandau und Adlershof taucht in der Erinnerung auf, wo das Millionenvermögen des Staates in einer Weise vertrieben wurde, die jeder Beschreibung spottet. Radeberg kann das Bild der unheimlichen Sozialisierungskunst vervollständigen. Arbeiter- und Angestelltenräte rissen nach Ausbruch der Revolution das Regiment auch in den sächsischen Reichswerksstätten an sich und spalteten jede militärische Aufsicht grundtätig aus. Die neue sächsische Regierung war machtlos, und als sie endlich nach Höhen himmelstreichender Rotterwirtschaft eine Bilanz aufstellte, fehlte, da trat ein übersehbares Resultat hervor. Das Ausgabenkonto wies den

Betrag von 35 Millionen M.

in Rohlen auf, und die Einnahmeseite stand auf Null. Fünf Monate hatten das zustande gebracht, fünf knappe Monate Revolutionswirtschaft. Für Rote, Rohstoffe und Konsumtion der Maschinen war nicht ein Pfennig eingestellt worden.

Das Feuerwerkslaboratorium Radeberg hatte ganz besonders unter dieser „Produktionswirtschaft“ nach neuen Gesichtspunkten zu leiden. Zwei Beispiele hierfür: Man industrialisierte nach der Umwälzung u. a. auch Wasserhähne zu 1/2 Zoll, und zwar in solcher Menge, als ob man die ganze Welt mit diesem Gegenstände versorgen wollte. Das fertige Stück wurde mit 2,50 Mark berechnet, während das Material allein in rohem Zustande sich auf rund 16 Mark beläuft. Außerdem wurden von einem Architekten 10 000 Stahle in Auftrag gegeben für den Stückpreis von 35 Mark zu einer Zeit, da ein Stuhl aus Kiefernholz schon 75 Mark kostete. Finanziell wie auch technisch bedeutete die Ausführung solcher Aufträge geradezu ein Verbrechen gegen die Allgemeinheit.

Ein trübes Kapitel eigener Art umfaßt die Diebstähle und Unterschlagungen in den Werksstätten Radeberg. In Spandau und Adlershof kann es nicht schlimmer gewesen sein. Aus der Besprechung mit dem Regierungsvorsteher trat folgendes Beispiel besonders markant hervor: Im Januar dieses Jahres war eine Kommission vom Reichsverwertungsamt in Radeberg, um eine Anzahl wertvoller Motoren für das Reich zu übernehmen. Diese Motoren waren in einem Keller des Hauptgebäudes zur Übergabe bereitgestellt. Als die Kommission erschien, waren 11 Motoren spurlos verschwunden, acht Stück fanden sich später versteckt, zwei entdeckte man später bei einem Angestellten in Böhlow. Ein anderes mal sollten 44 000 Meter Handtuch übernommen werden, und als die Kommission erschien, fehlten rund 9000 Meter, die dann unter der Hand zu Preisen von 80–100 Mark für das Meter als Anzugstoff verschoben worden sind. Ein besonders trasser Fall ereignete sich kürzlich, als ein Waggon ladebereit stand, der 5 1/2 Tonnen Messingabfälle für einen Dresdner Großhändler abfahren sollte. Durch ein Gespräch zweier Arbeiter war ein Beamter der Landesfeuerpolizei darauf aufmerksam gemacht worden, daß wieder eine Schiebung im Gange sei. Der Waggon wurde ordnungsgemäß mit den 5 1/2 Tonnen Abfällen beladen und sollte eben plombiert werden, als ein Beamter noch einmal den Inhalt nachprüfte; hierbei fand er 2 1/2 Tonnen Aluminium, die von Arbeitern des Werkes im letzten Augenblick in den Waggon eingeschmuggelt waren. Der Wert dieser entdeckten Schiebung beträgt 30 000 Mark. Begünstigt wurden die Messingdiebstähle und Schiebungen

durch den Umstand, daß die Gebäude des Laboratoriums wegen der großen Explosionsgefahr weit verteilt auseinanderstehen. Zur Aufsicht sind ständig 11 Wächter in drei Schichten zu je acht Stunden nötig, und jeder Wächter hat ein Einkommen von 9000 Mark jährlich. Die Bewachung erfordert also allein eine Jahresausgabe von rund 300 000 Mk.

Aus diesem Gesichtswinkel gesehen, müßte der Verkauf der Radeberger Heereswerkstätten gutgeheißen werden, zumal die Werke sich nicht zur Weiterführung als Staatsbetrieb oder sozialistischer Betrieb eignen, weil sie fortgesetzt hohe Zuschüsse erfordern würden. Es hätte in den Werken zwar weitergearbeitet werden können, dann würde mit dieser Arbeit aber nicht einmal so viel verdient werden, daß auch nur die Betriebsmittel und die Arbeitslöhne davon bezahlt werden könnten. Die Gesamtheit der übrigen Staatsbürger hätte alsdann mit ihrer eignen Arbeit Millionen aufzubringen um die wirtschaftlich zum Teil fruchtlose Arbeit der in den Werksstätten Beschäftigten zu bezahlen. Da das Reich derartige Löhne nicht aufbringen wollte und Sachsen die Mittel dazu nicht besaß, ließ sich das Zerbrechen der Werke, das Abwandern der Rohstoffe und die Zunahme der Arbeitslosen eben nur vermeiden durch den Verkauf des Werkes.

Neuestes vom Tage.

— In der Reichsratsitzung am Sonnabend wurde eine Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 angenommen. Unter Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung soll danach der an die heimischen Lieferanten zu zahlende Mindestpreis für die Tonne Weizen und dem Weizen gleichstehende Getreidearten mindestens 1100 Mark, für Roggen, Gerste und Hafer 1000 Mark und für die Tonne Kartoffeln 500 Mark betragen. Wie der Berichterstatter mitteilte, sind diese Preise auf Grund sorgfältiger Untersuchung des Reichswirtschaftsministeriums festgestellt worden. Dabei wurde festgestellt, daß die hauptsächlichsten Produktionskategorien der Landwirtschaft bereits im ersten Halbjahr 1920 sich auf die Gesamthöhe des vergangenen Jahres belaufen würden. Die besonders erhebliche Steigerung der Kartoffelpreise rechtfertigt sich nach Ansicht der Regierung daraus, daß im kommenden Wirtschaftsjahr bei den wenig günstigen Aussichten der Getreideernte die Kartoffel die Hauptnahrungsgrundlage bilden wird und daher ein besonderer Anreiz zur Steigerung des Anbaues geschaffen werden müsse. Uebrigens sollen diese Preise nach Beginn der Ernte noch eine Revision erfahren, auch im Sinne einer etwaigen Steigerung. Gegen die Stimmen von Sachsen und Bremen wurde ferner eine Verordnung über eine weitere Ermäßigung der Tabaksteuer angenommen. Seit Verabschiedung des Tabaksteuergesetzes hat sich die Lage der Tabakindustrie so verschlechtert, daß es geboten erscheint, die im Paragraf 86 für die Dauer der Geltung des Goldzolleges vorgesehene Ermäßigung der Steuerhöhe weiter auszudehnen. Der Ausschuss des Reichsrates hat für das Zigarettengewerbe den fünf obersten Klassen die Ermäßigung zugewilligt und sie auf 50 Prozent erhöht. Um dem Zigarettengewerbe einen Ausgleich zu verschaffen, wurde die Ermäßigung für dieses von 70 Prozent auf 75 Prozent erhöht.

— Mit Rücksicht auf die sich von Tag zu Tag verschlechternde Stimmung der oberschlesischen Arbeiterschaft sind in den letzten Tagen neue starke französische Truppentransporte im Abtransportgebiet eingetroffen. Weitere Truppen sind vom Rhein her im Anrollen. Obwohl die Haltung der französischen Truppen im allgemeinen korrekt ist, wirken doch allein ihre Anwesenheit, der französische Brauch, die Posten mit aufgepflanztem Bajonett durch die Straßen patrouillieren zu lassen, die vorliegenden Anordnungen einzelner Ortskommandanten, die für die deutsche uniformierte Beamtenschaft den Gruszwang einführt und der Bürgerchaft die Benutzung des Bürgersteiges im Angesicht französischer Offiziere verbietet, sowie das oft provozierende außerordentliche Verhalten der Fremden derart aufreizend, daß es tagtäglich zu ernstlichen Zwischenfällen und tätlichen Angriffen kommt. Infolgedessen haben die Franzosen die ursprüngliche Absicht, jede Stadt und jedes Dorf mit einem kleinen Kommando zu besetzen, aufgegeben und die Truppen konzentriert.

— Der Regierungsführer Döppel hat von Militär und bildet ein großes Heerlager. Im Industriegebiet liegen die Truppen meist außerhalb der Städte und die französischen Batterien sind derart in Stellung gebracht worden, daß sie

die Gruben und die Stadtzugänge beherrschen. Diese Maßnahmen haben aber besonders auch auf die polnisch sprechende Arbeiterschaft überaus ungünstig gewirkt. Die Erregung ist weiter gestiegen und als bedrohlich zu bezeichnen.

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 2. März 1920.

— Beuchtvorteilung in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt. Im Bezirke der Amtshauptmannschaft werden die Abschnitte 5 der roten Beuchtvorteilung A mit 3 Bittern und der grünen Beuchtvorteilung C mit 2 Bittern Beuchtvorteilung, die blaue Beuchtvorteilung B bleibt unbesetzt. Das Beuchtvorteilung wird nach und nach den Verkaufsstellen zugeführt. Es ist gegen Vorlegung der Beuchtvorteilung und Abgabe des Abholabschnittes in den Verkaufsstellen abzuholen.

Dresden. Der Schankwirt Feller von hier hatte mit einem hiesigen Kaufmann in geschäftlicher Verbindung gestanden und in dessen Wohnung wiederholt Rechnungen begahlt. Daher hatte er Kenntnis von dem Aufbewahrungsort des Geldes erlangt. Auf seine Veranlassung begaben sich der Schlosser Willy Schmidt und der Malermeister Ernst Rudolf in die Wohnung des Kaufmanns, gaben sich dort als Kriminalbeamte aus und beschlagnahmten eine Geldtasche mit Inhalt. Das erlangte Geld teilten sie mit Feller unter sich. Die drei Personen sind jetzt von der Kriminalpolizei ermittelt worden und sehen ihrer Bestrafung entgegen. Ein Teil des Geldes konnte gerettet werden.

Ramen. Zu wässen Szenen kam es bei der Versteigerung von Gegenständen auf dem hiesigen Flugplatz. Es heißt, daß der Versteigerung bereits ein Vorverkauf am Tage vorher vorangegangen sein soll, wobei den Interessenten ziemlich große Bestände, die von den zur Versteigerung gelangenden Sachen abgehandelt und zur Verfügung der Käufer gehalten worden sind, veräußert worden seien. Die auf dem Flugplatz beschäftigte Arbeiterschaft soll dagegen Einspruch erhoben und durchgesetzt haben, daß die verkauften Gegenstände, die einen Wert von einigen tausend Mark haben nochmals zur Versteigerung gebracht wurden.

Wilsdruff. Ein Banditenstreik wurde im Gelände Wilsdruff und Reichen ausgeführt. In der bekannten, etwas abseits liegenden Mühle von Reiche in Blankenstein erschienen am Freitag abend 6 maskierte Räuber und verlangten mit vorgehaltenen Schusswaffen Geld. Als der Privatrat Reiche der Vater des jetzigen Besitzers sich zur Wehr setzte gaben die Räuber auf ihn zwei Schüsse ab und verwundeten ihn schwer. In der Schlafkammer wurde hierauf der Sohn des Privatrats Reiche, dem die Mühle gehört, überwältigt und gefesselt. Er vermochte jedoch zu flüchten und nachbarliche Hilfe herbeizuholen. Als dies die Räuber merkten, ergriffen sie unerkannt die Flucht. Erbeutet wurden insgesamt 800 Mk. Bargeld sowie die Militärpapiere des Reiche. Es besteht Verdacht, daß es sich um dieselbe Räuberbande handelt, die Mitte Januar in Limbach einen verwegenen Überfall in der Wirtschaft von Bernhardt ausführte. Die Erregung in der Landbevölkerung ist groß. Der schwerverletzte Privatrat mußte dem ländlichen Krankenhaus in Reichen zugeführt werden.

Baun. Die Kompanie der Reichswehrruppen, die zur Bewachung der Eisenbahnwerkstätte Poyerswerda abgehandelt worden war, ist durch eine Radfahrerabteilung verstärkt worden. Auch ist die ganze Umgebung des Hauptwerkes mit Reichswehrruppen besetzt worden.

Leipzig. Am Sonnabend, den 28. Februar, vormittags gegen 11 Uhr, wurde auf Sommerfelder Flur die Leiche einer etwa 30-jährigen Frau aufgefunden. Die Leiche wies zwei Verletzungen an der Stirn und drei Stichwunden in der Brust auf.

Struppen. Der Gemeinderat hat zu einer Eingabe an die Generaldirektion der Staatseisenbahnen wegen Umänderung der Bahnstationen Obervogelgesang in Obervogelgesang-Struppen seine Zustimmung erteilt und die Gründe dazu gutgeheißen.

Zwickau. Die Grippe hat auch hier erheblich um sich gegriffen. Am 24. d. M. waren 223 Grippefälle und 22 Fälle an Lungenentzündung bei der Ortskrankenkasse gemeldet. Innerhalb einer Woche gelangten beim Standes- 12 Todesfälle an Grippe zur Anmeldung.